



## Wind, Wasser oder Sonne: Die Erneuerbaren werden immer wichtiger. Stromlieferant Nummer 1 bleibt aber die Kohle.

Strom aus erneuerbaren Energieträgern hat Atomstrom überholt und wird immer wichtiger. Der Anteil der Kernenergie an der deutschen Stromproduktion sank 2012 auf 16,1 Prozent. 2010, vor dem Reaktorunfall im japanischen Fukushima, habe er noch

bei 22,4 Prozent gelegen, berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern. Umgekehrt stieg der Anteil der erneuerbaren Energieträger in dieser Zeit von 16,4 Prozent auf 22,1 Prozent. Immer noch ist Kohle der wichtigste Stromlieferant: 2012

kamen 44,8 Prozent des Stroms aus Stein- oder Braunkohlekraftwerken. Auf dem zweiten Platz stehen die Erneuerbaren wie Wind- und Wasserkraft, Biomasse oder Sonnenenergie. Den größten Anteil hat Windenergie – mit 7,4 Prozent der Stromproduk-

tion. Strom aus Kernkraftwerken folgt auf Platz drei. Den höchsten Anteil hatte Atomstrom in Deutschland 1997 mit 30,8 Prozent, die Erneuerbaren kamen erst auf 4,4 Prozent. Seitdem ist der Anteil der Kernenergie gesunken. 2011, dem Jahr der Ka-

tastrophe von Fukushima, wurde erstmals mehr Strom aus erneuerbaren Quellen als in Kernkraftwerken erzeugt. Deutschland beschloss den Ausstieg aus der Kernenergie. Derzeit sind noch neun Kernkraftwerke am Netz. Foto: Stock/Blickwinkel

# Für Deutschlands Autofahrer wird's teurer

EU fordert kostspielige Umrüstung der Werkstätten für Ausweitung der Abgastests. Verschärfung der TÜV-Untersuchung vom Tisch.

VON DETLEF DREWES

**Brüssel/Straßburg.** Deutschlands Autofahrer müssen demnächst tiefer in die Tasche greifen. Trotz heftiger Proteste des Automobilclubs ADAC hat das Europäische Parlament am Dienstag eine Ausweitung der bisherigen Abgasuntersuchung beschlossen, die Experten als „überflüssig“ bezeichnen. Seit 2006 wurden bei Fahrzeugen ab der Schadstoffklasse Euro 4 lediglich die Motor-Daten auslesen. Das so genannte OBD-System überwacht im laufenden Betrieb permanent alle Informationen des Wagens – auch die Zusammensetzung der Emissionen. Doch das soll künftig nicht mehr reichen. „Die bisherige Praxis hat sich als unzuverlässig erwiesen“, heißt es in dem gestern verabschiedeten Beschluss der europäischen Volksvertretung. Künftig soll zusätzlich am Auspuffrohr gemessen werden,

eine Methode, die hierzulande schon vor Jahren abgeschafft wurde. Richtig teuer wird die Umstellung aber vor allem durch die Ausweitung der Messung auch auf Stickoxid. Nach Angaben des ADAC sind zuverlässige Daten zu diesen Stoffen nur dann zu gewinnen, wenn der Motor unter Vollast läuft. Dafür müsste jede Test-Werkstatt und der TÜV einen

sechsstelligen Betrag für Last-Rollenprüfstand und Abgas-Analyseeinheit investieren. Allein in Deutschland kämen so Ausgaben von rund 207 Millionen Euro zusammen, die auf die Gebühren aufgeschlagen werden dürften. „Völliger Unsinn“, hieß es am Dienstag von den Gegnern des Antrages in Straßburg. Dafür ist allerdings eine weitere

Verschärfung der TÜV-Untersuchungen vom Tisch. Vor einigen Monaten hatte die Kommission großes Aufsehen erregt, weil sie Autos mit mehr als 160 000 Kilometern oder ab dem siebten Betriebsjahr jährlich zum TÜV schicken wollte. „Es gibt keine Belege, dass die jährliche Prüfung einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten könnte“, betonte der SPD-Eu-

ropa-Abgeordnete Ismail Ertug im Straßburger Plenum. „Es würden lediglich Mehrkosten von 630 Millionen Euro pro Jahr auf die deutschen Autofahrer zukommen.“ Das sah auch die Mehrheit des Parlamentes so und wies den Vorstoß zurück. Damit dürfte die deutsche Regelung gesichert sein. Neuwagen müssen hierzulande erstmals nach drei Jahren zum TÜV, danach alle zwei Jahre.

Weitere Änderungen gibt es für Motorradfahrer, die Deutschland aber nur zum Teil betreffen, weil entsprechende Regelungen hier schon in Kraft sind. So beschlossen die Europaabgeordneten, in allen 28 Mitgliedstaaten Prüfungen für schwere Motorräder ab 2016 verpflichtend einzuführen. Leichte Maschinen sollen nach einer Einführungsphase ab 2018 ebenfalls überprüft werden. Motorräder, die bereits älter als sechs Jahre sind, müssen sogar jährlich zum Check-

## Der Neuwagenmarkt schwächelt, die Verbraucher freuen sich über Rabatte

**Schwache Bilanz** für den deutschen Neuwagenmarkt im ersten Halbjahr: Die Zahl der Auto-Neuzulassungen sank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,1 Prozent auf 1,503 Millionen, wie das Kraftfahrt-Bundesamt am Dienstag in Flensburg mitteilte. Auch auf dem westeuropäischen Markt halten sich die Käufer zurück.

„Wir alle können mit dieser Ent-

wicklung nicht glücklich sein“, sagte der Präsident des Verbands der Automobilindustrie (VDA), Matthias Wissmann, in Berlin, auch wenn Märkte wie die USA die Einbußen wieder ausgleichen. Die deutschen Verbraucher seien trotz guter Beschäftigungslage und ordentlicher Einkommen verunsichert durch die Eurokrise. Auch das Firmenwagen-

segment schwächele. **Wer dennoch kauft**, kann sich über Rabatte freuen. Nach einer Untersuchung des Autoexperten Ferdinand Dudenhöffer von der Universität Duisburg-Essen stiegen die Preisnachlässe im Juni wieder an. Dies liege vor allem an einer hohen Zahl an neuen Sonderaktionen. Mit Rabatten, Sondermodellen und Finanzierungen hätten Autokäufer im Durchschnitt 12,6 Prozent gespart.

# Region als Labor für die Zukunft

„Die Ideen sind da!“ Beim Gründerkongress Rheinland ging es um Bündelung

VON BERTHOLD STRAUCH

**Köln/Jülich.** Im ehrwürdigen Borsensaal der Kölner Industrie- und Handelskammer (IHK) wurde ein wichtiges Stück Zukunft „gehandelt“ – die Premiere des „Gründerkongresses Rheinland“. Auf Einladung der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (SPD) und der in Jülich ansässigen Innovationsregion Rheinisches Revier (IRR), die vom früheren Hauptgeschäftsführer der Aachener Industrie- und Handelskammer (IHK), Jürgen Drewes, geführt wird, kamen Experten aus Wirtschaft und Hochschulen, Spezialisten für Wagniskapital zur Finanzierung von gerade ins Leben gerufenen Unternehmen und Berater ins Gespräch. Im Fokus des Gedankenaustauschs standen Möglichkeiten, diese „Anfänger“ nachhaltig mit Geldspritzen zu pöppeln und zu stärken, um letztlich dadurch attraktive, sichere neue Arbeitsplätze zu schaffen und damit auch ein „Gründungsklima“ zu entwickeln.

Drewes' Nachfolger an der IHK-Spitze, Michael F. Bayer, moderierte den Abend. Er beklagte, dass die Zahl der Firmengründungen spürbar zurückgegangen sei – auch

ein Zeichen gesunkener Arbeitslosigkeit, die den Aufbau neuer beruflicher Existenzen „aus der Not heraus“ unattraktiver erscheinen lasse. Zudem ließen Umfragen erkennen, dass „Jobsicherheit“ für viele ein wichtiges Ziel sei, das sie nicht für einen mutigen Sprung in die Selbstständigkeit aufs Spiel setzen wollten.

## Treibstoff für den Fortschritt

Als „Treibstoff für den Fortschritt“ pries NRW-Ministerin Schulze die „guten Ideen“, die oftmals aus Hochschulen und Forschungsinstituten kämen. Ihr Ziel sei es, so die Ministerin, „Menschen mit Ideen, Unternehmen und Forschergeist noch enger zusammenzuführen“. Eine Stärkung solcher Initiativen könne am besten in Netzwerken gelingen, die in den Regionen verankert seien. In dem Zusammenhang formulierte sie die feste Absicht, die IRR zur „Modellregion“ zu entwickeln, um Gründungen noch stärker voranzubringen. Dabei sparte Schulze nicht mit freundlichen Worten für die Akteure dieses Bündnisses zwischen Aachen, Köln und Düsseldorf, Krefeld und der Eifel: Die IRR habe die Zeit nach dem Auslaufen der rhei-

nischen Tagebaue bereits fest im Blick – und damit den „geplanten Übergang von der Braunkohle- zur Wissensförderung als neuen Rohstoff“, formulierte die Ministerin. Dabei seien die Hochschulen, gerade die als exzellent eingestuft in Aachen und Köln, ein „Katalysator regionaler Stärken“. Denn die Lösung für den notwendigen wirtschaftlichen Wandel könne „nur in der Region liegen, dem Labor für die Zukunft“, warb Schulze für eine „Bündelung der Kräfte“.

Die Ministerin listete auf, dass es in der Aachener Region in den letzten 25 Jahren rund 1000 technologieorientierte Unternehmensgründungen gegeben habe – davon „allein 53 Prozent aus den Hochschulen“. Also: „Die Ideen sind da!“

Dass solche Ergebnisse nur dank kraftvoller Unterstützung erreichbar seien, machten Fachleute aus der Geldbranche deutlich. Schon in einem frühen Stadium der Konzeptions- und Startphase zum Aufbau neuer Unternehmen müssten wirksame Finanzierungsinstrumente („Pre-Seed-Fonds“) greifen, lautete deren Forderung.

Dass auch ein Konzern wie RWE Power, der im Moment über ein millionenschweres Programm zur



Der Streetscooter, eine Idee aus der Region: der Kölner IHK-Hauptgeschäftsführer Ulf Reichardt, Malte Brettel, RWTH-Prorektor für Wirtschaft und Industrie, und Ministerin Svenja Schulze (v.l.). Foto: Schmitter

Kosteneinsparung brütet, Akzente in Sachen Arbeitsplätze setze, machte Vorstandsvorsitzender Matthias Hartung deutlich. Er erinnerte daran, dass sein Unternehmen allein 40 Prozent der Stromversorgung in NRW gewährleiste. Er sei „felsenfest davon überzeugt“, dass die Braunkohle und die Schwankungen unterworfenen erneuerbaren Energien „ein gutes Pärchen“ abgaben. Auch einem „Großkonzern wie RWE“, fügte Hartung an, seien Neugründun-

gen und gute Ideen wichtig, weil auch er von einem grundlegenden Strukturwandel profitieren könne. Als konkretes Beispiel verwies er auf das Innovationszentrum in Niederaußem, bei dem RWE auf „Partner von außen angewiesen ist, die uns ein Stück befruchten“. Wir haben ein hohes Interesse an einer prosperierenden Region“, begrüßte er ausdrücklich das Engagement der IRR. RWE habe bereits rund 100 Unternehmen mit gut 3500 Arbeitsplätzen angesiedelt.

## ZUR PERSON



► IG-Metall-Chef Berthold Huber hat nun auch offiziell seinen Vize **Detlef Wetzel** (60) als seinen Nachfolger vorgeschlagen. Der 63 Jahre alte Huber selbst will im November abtreten. Nach seinem am Dienstag vorgestellten Personaltableau sollen auch Hauptkassierer Bertin Eichler (60) und die Tarifexpertin Helga Schwitzer (62) ihre Vorstandsämter verlieren. An Wetzels Stelle soll der bisherige Stuttgarter Bezirkschef Jörg Hofmann (57) dessen Posten als Zweiter Vorsitzender einnehmen. Er wäre damit der nächste designierte IG-Metall-Chef. Als neuer Hauptkassierer ist Jürgen Kerner (44) vorgesehen, der bereits dem siebenköpfigen Kernvorstand angehört. Die neue Führungsmannschaft wird am 24./25. November bei einem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Frankfurt von rund 500 Delegierten bestimmt.



► Der Chef der ehemaligen BayernLB-Tochter Hypo Group Alpe Adria, **Gottwald Kranebitter**, tritt zurück. Kranebitter informierte am Dienstag Mitarbeiter und Eigentümer über seine Entscheidung. Das teilte die Bank mit. Kranebitter will noch bis zur Fertigstellung der Halbjahresbilanz Ende August im Amt bleiben. Sein Vertrag wäre erst 2016 ausgelaufen. Zuvor war bekannt geworden, dass die notverstaatlichte Bank voraussichtlich wieder neues Geld vom Staat braucht. Der Restrukturierungsplan für die EU-Kommission habe Auswirkungen auf die Bewertung von Beteiligungen und Krediten. Das mache eine Finanzspritze vermutlich bereits rückwirkend zum Halbjahr 2013 nötig. Die BayernLB hatte die Bank 2007 gekauft und zwei Jahre später nach Milliardenverlusten an Österreich zurückgegeben.



► Nach schwachen Zahlen und dem Verlust von Millionen Spielern bekommt „Farmville“-Entwickler Zynga einen neuen Chef. Gründer Mark Pincus macht Platz für **Don Matrick**, der bislang Microsofts Spielekonsole Xbox verantwortete und zuvor lange beim PC-Spielekonzern Electronic Arts arbeitete. „Don ist einzigartig im Spielegeschäft“, lobte Pincus seinen Nachfolger. Matrick hatte Spielern wie „Need for Speed“ oder „Die Sims“ mitentwickelt. Er übernimmt zum 8. Juli das Ruder und soll dafür sorgen, dass Zynga an frühere Erfolge anknüpfen kann. Das Unternehmen war mit Spielen für Facebook groß geworden und hatte im Dezember 2011 einen milliardenschweren Börsengang hingelegt. Doch zuletzt verloren Zyngas Onlinespiele ihre Anziehungskraft und der Umsatz schrumpfte. Pincus musste 520 Leute entlassen.



► Die **Winklevoss-Zwillinge** wollen einen Fonds zur Investition in die Digital-Währung Bitcoins eröffnen. Das geht aus Unterlagen hervor, die Tyler (links) und Cameron Winklevoss bei der US-Börsenaufsicht SEC einreichen. Die Zwillinge sind vor allem für ihren jahrelangen Rechtsstreit mit Facebook-Gründer Mark Zuckerberg bekannt. Sie warfen Zuckerberg vor, ihre Idee für ein Soziales Netzwerk gestohlen zu haben. Der Streit wurde mit einem Vergleich beigelegt, der den Brüdern mindestens 60 Millionen Dollar einbrachte. Die digitale Währung Bitcoin rückte vor einigen Monaten in den Blickpunkt, Spekulan- ten schickten den Kurs auf eine Achterbahnfahrt. Bitcoins werden nicht von einem Staat und seiner Zentralbank kontrolliert, sondern von Internetnutzern „geschürft“. Die Menge an Bitcoin-Einheiten ist auf 21 Millionen begrenzt. Der Kurs ergibt sich aus Angebot und Nachfrage in Tauschbörsen und liegt derzeit bei durchschnittlich 90 Dollar.